

Prüfkatalog zur Ermittlung der UVP-Pflicht für Eisenbahnanlagen und Betriebsanlagen für Straßenbah- nen

- I. UVP-Pflicht aufgrund der Art und des Umfangs des Vorhabens gemäß § 6, 9-12 UVPG
- II. Keine UVP-Pflicht gemäß § 14a Abs. 1 UVPG
- III. Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls gem. § 7 UVPG (i. V. m. §§ 8-14 UVPG)
- IV. Standortbezogene Vorprüfung gem. § 7 UVPG (i. V. m. §§ 8-14 UVPG)

Allgemeiner Hinweis: Dieser Prüfkatalog dient der Feststellung durch die Behörde, ob für ein Verfahren eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht. Für einige Verfahren besteht aufgrund ihrer Dimension bereits eine unbedingte Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (I.). Andere Verfahren sind vom Gesetzgeber aufgrund ihrer kleinräumigen Auswirkungen von der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung befreit (II.). Soweit es sich hierbei um Einzelmaßnahmen handelt, ist bei diesen eine Vorprüfung nicht erforderlich. In allen weiteren Verfahren ist eine Vorprüfung durchzuführen, für die je nach Art des Vorhabens entweder unter III. oder unter IV. durch die Vorhabenträgerin sachdienliche Angaben zur Einschätzung der mit dem Vorhaben verbundenen erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu machen sind.

Planfeststellungsbehörde:	Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Zentraler Geschäftsbereich 4 Dezernat 41 - Planfeststellung
Antragsteller:	Bentheimer Eisenbahn Netz GmbH Otto-Hahn-Straße 1 48529 Nordhorn
Planverfasser / Planungsbüro:	IB Sommerfeld Veldhausener Straße 30 49828 Neuenhaus

Kurzbeschreibung des Vorhabens	
• Neuerrichtung <input type="checkbox"/> Änderung oder Erweiterung <input checked="" type="checkbox"/>	
• Trassenverlauf:	Eisenbahninfrastruktur BE Netz GmbH Strecke 9203 Ochtrup-Brechte n. Coevorden; Streckenabschnitt Neuenhaus - Coevorden
• Geplante Maßnahme:	Auflassung des vorhandenen Bahnübergangs BÜ 146 „Feldweg“, Bahn-Km 69,332 bei gleichzeitiger Herstellung eines parallelen Seitenweges zur Erschließung der angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen.
• Gemeindegebiet:	Laar, Samtgemeinde Emlichheim
• Landkreis:	Landkreis Grafschaft Bentheim

I. UVP-Pflicht auf Grund der Art, Größe und des Umfangs des Vorhabens gemäß § 6 UVPG („X“- Fall)

Zwingende UVP gemäß §§ 6, 9-12 UVPG mit Anlage 1 UVPG, Ziffer 14.7 und 14.9		Zutreffendes ankreuzen
•	Neubau eines Schienenweges von Eisenbahnen mit den dazugehörenden Betriebsanlagen einschließlich Bahnstromfernleitungen (§ 6 UVPG mit Anlage 1 Ziffer 14.7 UVPG)	<input type="checkbox"/>
•	Bau einer Magnetschwebebahnstrecke mit den dazugehörenden Betriebsanlagen (§ 6 UVPG mit Anlage 1 Ziffer 14.9 UVPG)	<input type="checkbox"/>

II. Wegfall der Pflicht zur Prüfung der Umweltverträglichkeit bei Änderungsvorhaben zur Modernisierung und Digitalisierung von Schienenwegen nach §§ 14a Abs. 1, 7 UVPG mit Anlage 1 UVPG Ziffer 14.7, 14.8, 14.11

Änderung eines Schienenwegs oder einer sonstigen Bahnbetriebsanlage nach den Nummern 14.7, 14.8 und 14.11 der Anlage 1, soweit sie lediglich aus den folgenden Einzelmaßnahmen besteht:		Zutreffendes ankreuzen
•	Die Ausstattung einer bestehenden Bahnstrecke im Zuge des Wiederaufbaus nach einer Naturkatastrophe mit einer Oberleitung einschließlich dafür notwendiger räumlich begrenzter baulicher Anpassungen, insbesondere von Tunneln mit geringer Länge oder von Kreuzungsbauwerken,	<input type="checkbox"/>
•	Die im Rahmen der Digitalisierung einer Bahnstrecke erforderlichen Baumaßnahmen, insbesondere die Ausstattung einer Bahnstrecke mit Signal- und Sicherungstechnik des Standards European Rail Traffic Management System (ERTMS)	<input type="checkbox"/>
•	Der barrierefreie Umbau oder die Erhöhung oder Verlängerung eines Bahnsteigs.	<input type="checkbox"/>
•	Die technische Sicherung eines Bahnübergangs.	<input type="checkbox"/>
•	Die Erneuerung eines Eisenbahnübergangs.	<input type="checkbox"/>
•	Die Erneuerung und Änderung eines Durchlasses.	<input type="checkbox"/>
•	Die Herstellung von Überleitstellen für Gleiswechselbetriebe.	<input type="checkbox"/>

III. Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls gemäß §§ 7 - 14 UVPG („A“-Fall)

Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls gemäß §§ 7-12 UVPG mit Anlage 1 UVPG, Ziffer 14.7, 14.8, 14.10 - 14.11		Zutreffendes ankreuzen
•	Bau einer sonstigen Betriebsanlage von Eisenbahnen, insbesondere einer intermodalen Umschlagsanlage oder eines Terminals für Eisenbahnen, wenn diese eine Fläche von mehr als 5000 m ² in Anspruch nimmt, soweit der Bau nicht Teil des Baues eines Schienenweges nach Nummer 14.7 ist. (§ 7 Abs. 1 UVPG mit Anlage 1 Ziffer 14.8 UVPG)	<input type="checkbox"/>
•	Bau einer anderen Bahnstrecke für den öffentlichen spurgeführten Verkehr mit den dazugehörenden Betriebsanlagen (§ 7 Abs. 1 UVPG mit Anlage 1 Ziffer 14.10 UVPG)	<input type="checkbox"/>
•	Bau einer Bahnstrecke für Straßenbahnen, Stadtschnellbahnen in Hochlage, Untergrundbahnen oder Hängebahnen im Sinne des Personenbeförderungsgesetzes, jeweils mit den dazugehörenden Betriebsanlagen (§ 7 Abs. 1 UVPG mit Anlage 1 Ziffer 14.11 UVPG)	<input type="checkbox"/>
•	Änderung oder Erweiterung eines UVP-pflichtigen Vorhabens: Verlängerung, Ausbau oder Verlegung eines Schienenweges von Eisenbahnen mit den dazugehörenden Betriebsanlagen einschließlich Bahnstromfernleitungen; Verlängerung, Ausbau oder Verlegung einer Magnetschwebebahnstrecke mit den dazugehörenden Betriebsanlagen (vgl. § 9 Abs. 1 UVPG)	<input type="checkbox"/>
•	Änderung oder Erweiterung eines Vorhabens, für das keine UVP durchgeführt wurde (vgl. § 9 Abs. 3 UVPG)	<input checked="" type="checkbox"/>
•	Ausstattung einer bestehenden Bahnstrecke mit einer Oberleitung, soweit nicht durch § 14a Abs. 2 Nummer 1 erfasst (§ 14a Abs. 3 Nr. 1 UVPG)	<input type="checkbox"/>
•	Erweiterung einer Bahnbetriebsanlage nach Ziffer 14.8.3.1 der Anlage 1 UVPG mit einer Flächeninanspruchnahme von 5 000 Quadratmetern oder mehr (§ 14a Abs. 3 Nr. 2 UVPG)	<input type="checkbox"/>
•	Sonstige Änderung eines Schienenwegs oder einer sonstigen Bahnbetriebsanlage nach den Nummern 14.7 und 14.8 der Anlage 1, soweit nicht von den Absätzen 1 und 2 erfasst (§ 14a Abs. 3 Nr. 3 UVPG)	<input type="checkbox"/>

Die allgemeine Vorprüfung wird als überschlägige Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 3 des UVPG aufgeführten Kriterien durchgeführt. Die UVP-Pflicht besteht, wenn das Neubauvorhaben/ Änderungsvorhaben nach Einschätzung der zuständigen Behörde erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 25 Abs. 2 bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären, § 7 Abs. 1 UVPG (mit § 9 Abs. 4 UVPG bei Änderungsvorhaben). Dies ist immer dann der Fall, wenn Umweltauswirkungen so gewichtig sind, dass im Zeitpunkt der UVP-Vorprüfung ein Einfluss auf das Ergebnis des Planfeststellungsbeschlusses nicht ausgeschlossen werden kann (BVerwG, Urteil vom 17.12.2013, 4 A 1.13, Annäherung an Grenzwerte der 26. BImSchV). Umgekehrt bedarf es nicht der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung, wenn ein abwägungserheblicher Umweltbelang keinen Einfluss auf das Ergebnis der Planfeststellung haben kann (BVerwG, Urteil vom 25.06.2014, 9 A 1.13).

1	Merkmale und Wirkfaktoren des Vorhabens Zusätzliche Erläuterungen ggf. am Ende dieser Tabelle <input type="checkbox"/> Neubaumaßnahme <input checked="" type="checkbox"/> Änderung oder Erweiterung einer Eisenbahnanlage	Art/Umfang		
1.1	Baulänge in km:	0,21		
1.2	geschätzte Flächeninanspruchnahme in ha (Bau/Anlage):	0,075		
1.3	geschätzter Umfang der Neuversiegelung in ha:	0,075 teilversiegelt, da was- serdurchlässige Materialien verwendet werden		
1.4	geschätzter Umfang der Erdarbeiten in m³:	250		
1.5	Ingenieurbauwerke (z. B. Anzahl der Brückenbauwerke, ggf. erläu- tern):	keine		
1.5a	geschätzte Länge der Bauzeit:	ca. 1 Monat		
Treten nachfolgende Wirkfaktoren bei dem Vorhaben auf? Zusätzliche Erläuterungen ggf. am Ende dieser Tabelle		nein	ja	geschätzter Umfang/ Erläuterungen
1.6	Erhöhung des Verkehrsaufkommens durch das Vorhaben/prognos- tizierte Verkehrsbelastung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.7	Erhöhung der Lärmemissionen/Erschütterungsimmissionen be- triebsbedingt	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.7a	Baubedingte erhebliche Lärmemissionen/Erschütterungsimmissio- nen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.7b	Überschreitung der Grenzwerte der 26. BImSchV	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.8	Erhöhung der Schadstoffemissionen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.9	Zusätzliche Zerschneidung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.10	Visuelle Veränderungen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.11	Veränderungen des Grundwassers	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.12	Änderung an Gewässern oder Verlegung von Gewässern	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.13	Klimatische Veränderungen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.14		<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	

	<p>Sonstige Wirkungen oder Merkmale des Vorhabens (Anlage, Bau oder Betrieb), die erhebliche nachhaltige Umweltauswirkungen hervorrufen können</p> <ul style="list-style-type: none"> - Abwasser/Oberflächenentwässerung - Abfall (z.B. belastete Böden/Asphalte bei Ausbaumaßnahmen) - Rohstoffbedarf - besondere Probleme des Baugrundes (z.B. Moorböden) - Abwicklung des Baubetriebs - andere und zwar: <p>Grenzüberschreitende Auswirkungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - - 		<input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	<p>Ausbau Schotterbe- festigung BÜ 146 ca. 50 m2</p>
1.15	Gibt es frühere Änderungen des Vorhabens, die noch keiner Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen worden sind (vgl. § 9 Abs. 2 UVPG)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.16	<p>Gibt es kumulierende Vorhaben, bei denen</p> <ul style="list-style-type: none"> - das Zulassungsverfahren abgeschlossen ist und eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wurde (vgl. § 11 Abs. 2 Nr. 2 UVPG) 	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.17	<p>Gibt es kumulierende Vorhaben, bei denen</p> <ul style="list-style-type: none"> - das Zulassungsverfahren abgeschlossen ist und keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wurde (vgl. § 11 Abs. 3 UVPG) 	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.18	<p>Gibt es kumulierende Vorhaben, bei denen</p> <ul style="list-style-type: none"> - das Zulassungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist und eine UVP-Pflicht besteht (vgl. § 12 Abs. 1 Nr. 2 UVPG) 	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.19	<p>Gibt es kumulierende Vorhaben, bei denen</p> <ul style="list-style-type: none"> - das Zulassungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist und keine UVP-Pflicht besteht (vgl. § 12 Abs. 2 UVPG) 	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.20	<p>Gibt es Risiken von Störfällen, Unfällen und Katastrophen, die für das Vorhaben von Bedeutung sind, einschließlich der Störfälle, Unfälle und Katastrophen, die wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge durch den Klimawandel bedingt sind, insbesondere mit Blick auf:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. verwendete Stoffe und Technologien 2. Risiken für die menschliche Gesundheit, z.B. durch Verunreinigung von Wasser oder Luft. 	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	

1.22	<p>Gesamteinschätzung der Merkmale und Wirkfaktoren des Vorhabens</p> <p>Einschätzung, ob von dem Vorhaben aufgrund der unter B 1.1 bis B 1.21 beschriebenen Wirkfaktoren und einer groben Betrachtung des betroffenen Standortes erhebliche nachteilige Auswirkungen ausgehen können.</p> <p>Eine Betrachtung der Punkte B 2 und B 3 ist entbehrlich, wenn die Einschätzung zu dem Ergebnis kommt, dass von dem Vorhaben offensichtlich keine nachteiligen Umweltauswirkungen ausgehen können und es sich offensichtlich nicht um einen empfindlichen Standort handelt. Dies ist nachvollziehbar zu begründen. Der Antragsteller kann einen Vorschlag für eine Begründung liefern, entscheidend ist die abschließende Einschätzung der Genehmigungsbehörde.</p> <p>Wenn die Einschätzung zu dem Ergebnis kommt, dass aufgrund der beschriebenen Merkmale und der Wirkfaktoren des Vorhabens und einer Kenntnis des betroffenen Standortes erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen nicht offensichtlich ausgeschlossen werden können, ist die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls unter Einbeziehung der Teile B 2 und B 3 weiterzuführen.</p> <p>Begründung, warum aufgrund der Merkmale und Wirkfaktoren des Vorhabens ggf. keine nachteiligen Umweltauswirkungen ausgehen können:</p>
	<p>Erläuterungen zu 1</p> <p>Anlagebedingt kommt es durch die Aufhebung des Bahnübergangs BÜ 146 und Anlegen eines Wirtschaftsweges zu keinen erheblichen und nachteiligen Umweltwirkungen. Das Vorhaben führt nicht zu einer Inanspruchnahme von Flächen mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft, lediglich zu einer Inanspruchnahme von Flächen von nachrangiger Bedeutung für Natur und Landschaft, welche im Flächennutzungsplan als Flächen für die Landwirtschaft ausgewiesen sind.</p> <p>Erhebliche Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes gemäß BNatSchG bzw. NAGBNatSchG sind mit der Aufhebung des BÜ 146 und Anlegen des Wirtschaftsweges nicht verbunden.</p> <p>Baubedingte erhebliche und nachhaltige Beeinträchtigungen der Schutzgüter durch die Aufhebung des BÜ 146 und Anlegen eines Wirtschaftsweges sind bei sachgemäßer und umsichtiger Durchführung der Bauarbeiten und den gesetzlichen Vorgaben nicht zu erwarten. Für die Ausführung der erforderlichen Erdarbeiten werden nur Maschinen eingesetzt, die der Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung entsprechen. Die Arbeiten finden werktags in der Zeit von ca. 07:00 – 18:00 Uhr statt.</p> <p>Der Abstand zur nächsten Bebauung beträgt minimal ca. 100 m und ist daher in Bezug auf die zu erwartenden Lärmemissionen als unkritisch anzusehen.</p> <p>Betriebsbedingte erhebliche und nachhaltige Beeinträchtigungen entstehen bei Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben nicht.</p> <p>Die Eingriffsintensität des Bauvorhabens ist insgesamt als sehr gering und nicht erheblich einzuordnen.</p>

2	Standortbezogene Kriterien <u>Die ökologische Empfindlichkeit eines Gebiets, das durch ein Vorhaben möglicherweise beeinträchtigt wird, ist insbesondere hinsichtlich folgender Nutzungs- und Schutzkriterien unter Berücksichtigung des Zusammenwirkens mit anderen Vorhaben in ihrem gemeinsamen Einwirkungsbereich zu beurteilen:</u>	nein	ja	Art, Umfang, Größe
2.1	Nutzungen Sind Nutzungen betroffen, die im Zusammenhang mit den Merkmalen und Wirkfaktoren des Vorhabens zu erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen führen können? Wenn ja, am Ende dieser Tabelle erläutern. Gibt es:			
2.1.1	Aussagen in dem für das Gebiet geltenden Regionalen Raumordnungsprogramm oder in der Flächennutzungsplanung zu Nutzungen, die mit dem Vorhaben unvereinbar sind (z.B. Vorranggebiete für Landwirtschaft oder Erholung)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.1.2	Wohngebiete oder Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte (insbesondere zentrale Orte und Siedlungsschwerpunkte in verdichteten Räumen im Sinne des § 2 Abs. 2 und 5 ROG)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.1.3	Empfindliche Nutzungen (Krankenhäuser, Altersheime, Kirchen, Schulen etc.)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.1.4	Bereiche mit besonderer Bedeutung für die Erholungsnutzung/ den Fremdenverkehr?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.1.5	Altlasten, Altablagerungen, Deponien?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.1.6	Flächen mit besonderer Bedeutung für die Landwirtschaft, Forstwirtschaft oder Fischerei?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.1.7	Kultur- und sonstige Sachgüter?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.1.8	Gibt es andere Vorhaben, die mit dem geplanten Vorhaben einen gemeinsamen Einwirkungsbereich haben und kumulierend wirken?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.1.9	Befinden sich Störfallbetriebe in der Nähe und wird das Risiko bzw. die Schwere eines Unfalls durch das Vorhaben vergrößert? (Direktgeltung der EU-RL 2012/18 Seveso-III)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.1.10	Sonstige nutzungsbezogene Kriterien, und zwar:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

2.2	Rechtswirksame Schutzgebietskategorien	nein	ja	Art, Größe, Umfang der Betroffenheit
	Sind durch das Vorhaben Gebiete betroffen, die einen Schutzstatus besitzen? Wenn ja, sind der Umfang und die Erheblichkeit der Betroffenheit am Ende der Tabelle zu erläutern. Insbesondere ist zu erläutern, ob eine FFH-Verträglichkeitsprüfung gem. § 34 BNatSchG erforderlich ist.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.1	Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung (FFH-Gebiete) oder europäische Vogelschutzgebiete gem. § 32 BNatSchG (es sind auch Beeinträchtigungen zu betrachten, die von außen in das Gebiet hineinwirken können),	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.2	Naturschutzgebiete gemäß § 23 BNatSchG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.3	Nationalparke gemäß § 24 Abs. 1 BNatSchG oder nationale Naturmonumente gemäß § 24 Abs. 4 BNatSchG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.4	Biosphärenreservate gemäß § 25 BNatSchG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.5	Landschaftsschutzgebiete gemäß § 26 BNatSchG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.6	Naturparke gemäß § 27 BNatSchG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.7	Naturdenkmäler gemäß § 28 BNatSchG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.8	geschützte Landschaftsbestandteile gemäß § 29 BNatSchG / § 22 NNatSchG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.9	gesetzlich geschützte Biotope gemäß § 30 BNatSchG / § 24 Abs. 2 NNatSchG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.10	Wallhecken gemäß § 22 Abs.3 NNatSchG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.11	Fortpflanzung- oder Ruhestätten der besonders geschützten Arten gemäß § 44 BNatSchG (sofern bekannt)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.12	Besteht ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko für besonders geschützte Arten gemäß § 44 BNatSchG (sofern bekannt)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.13	Bewirtschaftungsziele für oberirdische Gewässer gemäß § 27 Abs. 1 WHG (WRRL)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.14	Wasserschutzgebiete gemäß § 51 Abs. 1 WHG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.15	Heilquellenschutzgebiete gemäß § 53 Abs. 4 WHG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.16	Hochwasserrisikogebiet gemäß § 73 WHG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.17	Überschwemmungsgebiete gemäß § 76 WHG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
2.2.18	Denkmale, Denkmalensembles, Bodendenkmale, archäologische Interessengebiete	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

2.4	(Umweltqualitätsnormen) Sind durch das Vorhaben Gebiete betroffen, in denen nationale oder europäisch festgelegte ¹ Umweltqualitätsnormen bereits erreicht oder überschritten sind? Falls betroffen, bitte unten näher erläutern.	nein <input checked="checked" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	Art und Umfang der Betroffenheit
	"Erläuterungen zum Gebiet, zu Umweltqualitätsnormen und zur Höhe der Überschreitung der Normen"			

¹ Da die Kriterien einer ständigen Fortschreibung und Aktualisierung bedürfen, wurde auf eine Auflistung verzichtet.

3	<u>Überblick über die Erheblichkeit möglicher Auswirkungen</u>	Kriterien für die Einschätzung der Auswirkungen						
	Die möglichen erheblichen Auswirkungen auf die Schutzgüter sind anhand der unter Punkt B 1 und B 2 gemachten Angaben zu beurteilen. Die Matrix dient nur dazu, einen Überblick über die näher zu behandelnden Punkte bei der Gesamteinschätzung unter Punkt B 4 zu geben. Wenn in der Zeile für ein Schutzgut kein Eintrag erfolgt, ist dieses Schutzgut für die Einschätzung nicht maßgeblich.	Relativ hohes Ausmaß	Relativ geringe Wiederherstellbarkeit	Relativ große Schwere/Komplexität	Relativ hohe Wahrscheinlichkeit	Relativ lange Dauer	Relativ hohe Häufigkeit	Überschreitung von Zulassungs- / Grenzwerten
3.1	Menschen, insbesondere menschliche Gesundheit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.2	Tiere (einschl. biologischer Vielfalt)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.3	Pflanzen (einschl. biologischer Vielfalt)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.4	Fläche	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.5	Boden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.6	Wasser	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.7	Luft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.8	Klima	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.9	Landschaft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.10	Kulturgüter	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.11	Sachgüter	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.12	Wechselwirkung zwischen den vorgenannten Schutzgütern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

<p>4</p>	<p><u>Gesamteinschätzung der Auswirkungen des Vorhabens durch den Vorhabenträger</u></p> <p>Besteht die Möglichkeit, dass von dem Vorhaben aufgrund der oben beschriebenen Auswirkungen erhebliche und nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt ausgehen? Wenn ja, UVP-Pflicht. Wird dies verneint, ist dies zusammenfassend zu begründen. Diese Gesamteinschätzung kann von dem Antragsteller vorbereitet werden. Zuständig für die Entscheidung ist letztendlich die Genehmigungsbehörde.</p> <p>Die Begründung soll die Einschätzung der Erheblichkeit möglicher Auswirkungen des Vorhabens enthalten und erläutern, warum aus Sicht des Antragstellers keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind. Es muss eine zusammenfassende Einschätzung gewonnen werden können, ob nach den Kriterien der Vorprüfung des Einzelfalls Anhaltspunkte bestehen, die auf erhebliche und nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt schließen lassen. Erst die argumentative Zusammenfassung der einzelnen Teile des Prüfkataloges ermöglicht eine Einschätzung der Erheblichkeit möglicher Auswirkungen und eine Gesamteinschätzung.</p> <p><u>Schutzgut Menschen, insbesondere menschliche Gesundheit</u> Die Maßnahme dient der Erhöhung der Verkehrssicherheit sowohl der zu erwartenden Bahnreisenden bei Reaktivierung des Streckenabschnitts für den SPNV als auch der bisherigen Nutzer des BÜ 146 „Feldweg“, sodass sich für das Schutzgut Mensch insbesondere die menschliche Gesundheit lediglich positive Effekte durch die Auffassung des BÜ 146 „Feldweg“ und Anlegen eines Wirtschaftsweges ergeben z.B. durch drastische Reduzierung der Geräuschemissionen aufgrund Wegfalls der akustischen Warn-Signale sowie zukünftig kreuzen einer Bahnanlage im Zuge eines Bahnüberganges, der technisch gesichert ist.</p> <p><u>Schutzgebiete</u> Im Untersuchungsgebiet sowie im direkten Umfeld befinden sich keine Schutzgebiete nach § 23 - 29 BNatSchG sowie keine FFH- und Vogelschutzgebiete. Sehr wohl liegt der Untersuchungsraum in einem wertvollen Bereich sowohl für Brutvögel als auch für Gastvögel (MU NDS 2024). Weiterhin liegen im Untersuchungsraum und seinem Umfeld keine Trinkwasser- sowie Heilquellenschutzgebiete gem. § 51 bzw. § 53 WHG.</p> <p><u>Schutzgüter Pflanzen und Tiere (einschl. biologischer Vielfalt)</u> Im Gebiet liegen hauptsächlich Biotop von geringer bis allgemeiner Bedeutung vor. Lediglich Baumreihen kommen eine höhere Bedeutung und Empfindlichkeit zu, da sie nur schwer ersetzbar sind. Einzelbäume und Baumgruppen sowie Baumreihen müssen bei Beseitigung entsprechend ersetzt werden. Allerdings sind keine Gebüsche und Gehölze direkt vom Vorhaben betroffen.</p> <p><u>Schutzgut Fläche</u> Da die Flächen des Bauvorhabens durch die bestehende Gleisanlage sowie die Straßenflächen bereits überprägt sind, weist die geplante Maßnahme – Bau des Parallelweges – eine mittlere Bedeutung für das Schutzgut Boden auf. Durch die Anlegung des Wirt-</p>	<p>nein</p> <p><input checked="" type="checkbox"/></p>	<p>ja (UVP-Pflicht)</p> <p><input type="checkbox"/></p>
-----------------	--	---	--

	<p>schaftsweges als Schotterfläche kommt es zu einer Neuversiegelung von ca. 750 m². Da der Weg geschottert wird und die Versickerung des Regenwassers weiterhin möglich ist, handelt es sich um eine Teilversiegelung.</p> <p><u>Schutzgut Boden</u> Baubedingt kommt es zu Schäden der oberflächlichen Bodenstruktur (Bodenverdichtungen). Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass die Folgen der Bodenverdichtung nach Beendigung der Bauarbeiten durch eine anschließende Bodenlockerung weitgehend behoben werden können. Nach Abschluss der Bauarbeiten werden die baubedingt beanspruchten Flächen gemäß ihres Ausgangszustandes wiederhergestellt. Eine erhebliche Beeinträchtigung der temporär beanspruchten Flächen ist somit auszuschließen.</p> <p>Durch die Teilversiegelung kommt es zum Verlust bzw. zu einer Einschränkung der Filter-, Puffer- und Ertragsfunktion des Bodens, was als nachhaltige Beeinträchtigung für das Schutzgut zu werten ist. Für die temporäre Baustelleneinrichtungsfläche wird 105 m² Fläche benötigt. Als bodenschonende Maßnahme werden hier Fließ / oder Bodenmatten verwendet um das hohe Verdichten des Bodens zu vermeiden.</p> <p><u>Schutzgut Wasser</u> Die Neuversiegelung hat zunächst eine Beeinträchtigung der Wasserversickerung und der Grundwasserneubildung zur Folge. Allerdings ist eine Versickerung seitlich der (teil-) versiegelten Flächen weiterhin möglich. Die Beeinträchtigung für die Grundwasserneubildungsfunktion ist dementsprechend als gering zu bewerten.</p> <p><u>Schutzgüter Luft und Klima</u> Aufgrund des sehr geringen Umfanges der Neuversiegelung und der geringen Bauzeit sind keine Auswirkungen zu erwarten.</p> <p><u>Schutzgut Landschaft</u> keine, da die Maßnahme in vorhandenem Verkehrsraum durchgeführt wird.</p> <p><u>Schutzgüter Kultur- und Sachgüter</u> Keine zu erwarten</p> <p><u>Wechselwirkungen zwischen den vorgenannten Schutzgütern</u> Keine zu erwarten</p> <p><u>Gesamteinschätzung</u> Bei der geplanten Aufhebung des Bahnüberganges handelt sich um eine punktuelle Maßnahme, die sehr eng begrenzt ist und baubedingt keine Flächen beansprucht.</p> <p>Durch die Anlegung des 209 m langen Wirtschaftsweges mit Anschluss an einen vorhandenen Feldweg kommt es zu nur sehr geringen Einwirkungen auf die zuvor betrachteten Schutzgüter. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass nach den Kriterien zur Vorprüfung der UVP-Pflicht keine Anhaltspunkte bestehen, die auf erhebliche und nachhaltige Auswirkungen auf die Umwelt schließen lassen. Eine UVP-Pflicht ist somit nicht begründet.</p>		
--	--	--	--

--	--	--	--

IV. Standortbezogene Vorprüfung § 7 Abs. 2 UVPG („S“-Fall)

Standortbezogene Vorprüfung gemäß §§ 7 Abs. 2 UVPG mit Anlage 1 UVPG, Ziffer 14.8.1, 14.8.2, 14.8.3.2, § 14a Abs. 2 UVPG		Zutreffendes ankreuzen
•	Bau von Gleisanschlüssen mit einer Länge bis 2 000 m, soweit der Bau nicht Teil der des Baus eines Schienenwegs nach Ziffer 14.7 oder einer Bahnstromfernleitung nach Ziffer 19.13 ist (vgl. § 7 Abs. 2 UVPG i.V.m. Ziffer 14.8.1)	<input type="checkbox"/>
•	Bau von Zuführungs- und Industriestammgleisen mit einer Länge bis 3 000 m, soweit der Bau nicht Teil der des Baus eines Schienenwegs nach Ziffer 14.7 oder einer Bahnstromfernleitung nach Ziffer 19.13 ist (vgl. § 7 Abs. 2 UVPG i.V.m. Ziffer 14.8.2)	<input type="checkbox"/>
•	Bau einer sonstigen Betriebsanlage von Eisenbahnen, insbesondere einer intermodalen Umschlaganlage oder eines Terminals für Eisenbahnen, wenn diese eine Fläche von 2 000 m ² bis weniger als 5 000 m ² in Anspruch nimmt, soweit der Bau nicht Teil der des Baus eines Schienenwegs nach Ziffer 14.7 oder einer Bahnstromfernleitung nach Ziffer 19.13 ist (vgl. § 7 Abs. 2 UVPG i.V.m. Ziffer 14.8.3.2)	<input type="checkbox"/>
•	Ausstattung einer bestehenden Bahnstrecke mit einer Oberleitung auf einer Länge von weniger als 15 Kilometern einschließlich dafür notwendiger räumlich begrenzter baulicher Anpassungen, insbesondere von Tunneln mit geringer Länge oder von Kreuzungsbauwerken (vgl. § 14a Abs. 2 Nr. 1 UVPG)	<input type="checkbox"/>
•	Errichtung einer Lärmschutzwand zur Lärmsanierung (vgl. § 14a Abs. 2 Nr. 2 UVPG)	<input type="checkbox"/>
•	die Erweiterung einer Bahnbetriebsanlage mit einer Flächeninanspruchnahme von weniger als 5 000 Quadratmetern wird (vgl. § 14a Abs. 2 Nr. 3 UVPG)	<input type="checkbox"/>

Bei einem Neuvorhaben, das in Anlage 1 Spalte 2 UVPG mit dem Buchstaben „S“ gekennzeichnet ist, führt die zuständige Behörde eine standortbezogene Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht durch. Die standortbezogene Vorprüfung wird als überschlägige Prüfung in zwei Stufen durchgeführt. In der ersten Stufe prüft die zuständige Behörde, ob bei dem Neuvorhaben besondere örtliche Gegebenheiten gemäß den in Anlage 3 Nummer 2.3 aufgeführten Schutzkriterien vorliegen.

1.	Besondere örtliche Gegebenheiten <u>Sofern einer der genannten Fälle vorliegt, ist zu prüfen, ob bei dem Neuvorhaben besondere örtliche Gegebenheiten gemäß den in Anlage 3 Nummer 2.3 aufgeführten Schutzkriterien vorliegen.</u> Sind durch das Vorhaben Gebiete betroffen, die einen Schutzstatus besitzen? Wenn ja, sind der Umfang und die Erheblichkeit der Betroffenheit am Ende der Tabelle zu erläutern. Insbesondere ist zu erläutern, ob eine FFH-Verträglichkeitsprüfung gem. § 34 BNatSchG erforderlich ist.	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	Art, Größe, Umfang der Betroffenheit
1.2.1	Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung (FFH-Gebiete) oder europäische Vogelschutzgebiete gem. § 32 BNatSchG (es sind auch Beeinträchtigungen zu betrachten, die von außen in das Gebiet hineinwirken können),	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

1.2.2	Naturschutzgebiete gemäß § 23 BNatSchG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.3	Nationalparke gemäß § 24 Abs. 1 BNatSchG oder nationale Naturmonumente gemäß § 24 Abs. 4 BNatSchG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.4	Biosphärenreservate gemäß § 25 BNatSchG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.5	Landschaftsschutzgebiete gemäß § 26 BNatSchG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.6	Naturparke gemäß § 27 BNatSchG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.7	Naturdenkmäler gemäß § 28 BNatSchG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.8	geschützte Landschaftsbestandteile gemäß § 29 BNatSchG / § 22 NNatSchG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.9	gesetzlich geschützte Biotope gemäß § 30 BNatSchG / § 24 Abs. 2 NNatSchG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.10	Wallhecken gemäß § 22 Abs.3 NNatSchG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.11	Fortpflanzung- oder Ruhestätten der besonders geschützten Arten gemäß § 44 BNatSchG (sofern bekannt)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.12	Besteht ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko für besonders geschützte Arten gemäß § 44 BNatSchG (sofern bekannt)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.13	Bewirtschaftungsziele für oberirdische Gewässer gemäß § 27 Abs. 1 WHG (WRRL)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.14	Wasserschutzgebiete gemäß § 51 Abs. 1 WHG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.15	Heilquellenschutzgebiete gemäß § 53 Abs. 4 WHG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.16	Hochwasserrisikogebiet gemäß § 73 WHG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.17	Überschwemmungsgebiete gemäß § 76 WHG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.18	Denkmale, Denkmalensembles, Bodendenkmale, archäologische Interessengebiete	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.19	Schutzwald, Erholungswald gemäß § 12 / 13 Bundeswaldgesetz,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.20	Naturwaldreservate	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

2	<p><u>Gesamteinschätzung der Auswirkungen des Vorhabens durch den Vorhabenträger</u></p> <p>Sofern die standortbezogene Vorprüfung ergibt, dass besondere örtliche Gegebenheiten vorliegen, ist zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, dass das Vorhaben erhebliche und nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die die besondere Empfindlichkeit oder die Schutzziele des Gebietes betreffen und nach § 25 Abs. 2 UVPG bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären.</p> <p>Wenn ja, UVP-Pflicht.</p> <p>Wird dies verneint, ist dies zusammenfassend zu begründen. Diese Gesamteinschätzung kann von dem Antragsteller vorbereitet werden. Zuständig für die Entscheidung ist letztendlich die Genehmigungsbehörde.</p>	<p>nein</p> <p><input checked="checked" type="checkbox"/></p>	<p>ja (UVP-Pflicht)</p> <p><input type="checkbox"/></p>
---	--	---	---